

Editorial

Aufgeklärte Blindheit. Plädoyer für einen linken Antiamerikanismus.

Während die 6. Flotte im Mittelmeer auf gewohnte Weise für Ordnung sorgt, geht in Europa ein Gespenst um, das Gespenst des Antiamerikanismus. Inzwischen soll es sogar eine linke Variante des Gespenstes geben, obwohl Antiamerikanismus an sich schon etwas Kurioses ist. Im Gegensatz zu anderen Ismen und ihren Antipoden bezieht er sich vom Namen her auf einen scheinbar räumlich, aber ansonsten schlecht definierten Gegenstand. Das »Amerika« im Antiamerikanismus bezieht sich nicht auf das geographische Objekt, den Kontinent, sondern auf die USA. Antiamerikanismus richtet sich gegen deren Politik und den American way of life, an sich und als Exportartikel. Castro und Ortega sind in diesem Sinne Antiamerikaner, obwohl Amerigo Vespucci nicht am Plymouth Rock gelandet ist. Castro und Ortega haben das Pech, sich als Politiker mit Souveränitätsanspruch in Regionen zu betätigen, die die USA schlicht als ihren Besitz definiert haben: »our backyard«. So werden Lateinamerikaner zu Antiamerikanern. Was ja nur heißen kann, daß sie keine Amerikaner sind, selbst wenn sie Baseballmützen tragen und Basketball spielen. Offenbar geht es bei der Nicht-Anerkennung als Amerikaner nicht nur um das Wohngebiet oder Eigenheiten des Lebensstils, sondern um die Aberkennung der politischen Souveränität. Durch wen? Durch die Amerikaner natürlich.

Wie aber werden dann Bundesdeutsche zu Antiamerikanern? Der Vergleich mit Kubanern oder Nicaraguanern zeigt, daß die Bundesdeutschen in höherem Ausmaß Amerikaner sind als viele »bedauernswerte« Lateinamerikaner. Zwar nicht vom Wohngebiet her, auch wenn das mancher vergißt, wenn er mit allradgetriebenem Jeep Marlboro-rauchend über einen westdeutschen Großstadtboulevard rauscht, Country Music hört und von Monument Valley träumt. Wohl aber was die politische Souveränität angeht: Kein Pinochet, kein Stroessner, kein Somoza, statt dessen freie Wahlen, Demokratie, Wohlstand, Kapitalismus. Wenn wir es, obschon als Juniorpartner, geschafft haben, fast so amerikanisch wie die Amerikaner zu werden, woher dann der Antiamerikanismus?

»Amerika, du hast es besser« – solange dieser Seufzer geplagter Alteuropäer deren politische Orientierung bestimmt, fällt es leicht, sich in den Geleitzug US-amerikanischer Politik einzuordnen: man will das, was die US-Bürger vorgeblich schon haben, und glaubt es zu bekommen durch Teilhabe am Unternehmen USA. Bei näherer Kenntnis dieses Unternehmens aber schwindet die Hoffnung, daß sich durch Adaption bzw. Adoption des American way of life die eigene Lebensweise wirklich verbessern ließe. Das Empire hat sein Zentrum. Wir sitzen unweigerlich an der Peripherie. Das Empire schreibt der Peripherie eine bestimmte Rolle bei seiner Bestandserhaltung/erweiterung zu. Man kann sie akzeptieren und dafür ein Honorara erwar-

ten. Wir können sie negieren und müssen dafür mit Sanktionen rechnen. Der Schwanz kann aber nicht mit dem Hund wackeln.

Vielleicht liegt in der Erkenntnis dieser Differenz zumindest eine Quelle des bundesdeutschen Antiamerikanismus? Er wäre dann nicht, wie bei den Lateinamerikanern, Ergebnis der Aberkennung, sondern der Beobachtung der durch die USA gesetzten Grenzen der eigenen, nicht nur politischen Souveränität. Politisch gehören wir Bundesdeutsche zu den »friends and allies« der USA. Daß es sich dabei nicht um die Rolle eines gleichberechtigten Partners handelt, zeigt nicht nur die (Gründungs-)Geschichte der Bundesrepublik, sondern schon die simple Tatsache, daß die USA hier ABC-Waffen stationiert haben, über die im Ernstfall die USA und niemand sonst verfügen. Wenn es in diesem Sinne Souveränitätsdefizite der Bundesrepublik gibt und wenn der Antiamerikanismus eine Begleiterscheinung des Strebens nach nationaler politischer Souveränität ist, was wäre dann so schlimm daran? Warum wird er (von wem?) als moralisch zu mißbilligende Einstellung gehandelt?

Neben der begrenzten politischen Souveränität gibt es eine weitere, wichtige Dimension, in der dem Amerikanischwerden der Bundesrepublik Grenzen gesetzt sind, die deshalb zu einer Quelle von Antiamerikanismus werden kann. Der American way of life ist – entgegen allen Nachahmungsversuchen – nicht universell nachlebbbar. Im Grunde handelt es sich, wie der US-amerikanische Historiker W.A. Williams formuliert hat, um »empire as a way of life«: das Ergebnis der Unfähig- oder Unwilligkeit, im Rahmen seiner eigenen Mittel zu leben. Alltagsleben und Politik in den USA sind demnach geprägt durch eine grundsätzlich vorwärts blickende, expansive, progressive, ehrgeizige, am Modell des individualistischen Pioniers orientierte Haltung. Deren Schönheitsfehler bestehen in der Unfähigkeit, aus der eigenen Geschichte zu lernen (kein Wunder, daß die Neu-Deutschen hier ihre Vorbilder suchen), in der Unfähigkeit, mit den eigenen Mitteln auszukommen, und in der Unfähigkeit, etwas anderes als den American way of life sich überhaupt vorzustellen, geschweige denn zu akzeptieren. Aber der American way of life wird erst ermöglicht durch die imperiale Position der USA, zu der nicht nur die militärische und ökonomische Führungsrolle gehören. Diese selbst wird durch immense natürliche Ressourcen gestützt, während der natürliche, erarbeitete und eroberte Reichtum der USA wiederum schier endlose Ströme von hoffnungsfrohen, ehrgeizigen und arbeitswilligen Einwanderern angezogen hat und anlockt. Sie wollen für sich den American dream verwirklichen. Daß sie inzwischen mehr und mehr zu dessen Gefangenen geworden sind (M. Davis), zeigt schon innerhalb der USA selbst, daß der American way of life für den Rest der Welt nicht nachvollziehbar ist. Die Enttäuschung darüber führt zu Distanzierung und Kritik. Wenn das eine zweite Quelle des Antiamerikanismus ist, warum wäre er dann verwerflich?

Problematisch wird der Antiamerikanismus wohl vor allem dann, wenn er seine Wurzeln nicht in der in vielerlei Hinsicht berechtigten Distanzierung von dem Unternehmen USA hat, sondern in dem (versteckten) Wunsch, selbst die hegemoniale, imperiale Stellung der Amerikaner einzunehmen und für sich selbst den American way of life zu verwirklichen. Der (behauptete) Antiamerikanismus der Linken läßt

sich jedoch kaum auf latente, imperiale Gelüste zurückführen. Kann er dennoch aus einer Art Neid geboren sein? Auf jeden Fall kann er sich gegen falsche Objekte richten.

Ob es sich um einen Fall von Neid handelt, läßt sich durch eine Verständigung darüber klären, was den American way of life eigentlich so attraktiv macht. Neben Reichtum, »coolness & cuteness« (F. Zappa) dürfte die demokratische Alltagskultur eine der Hauptattraktionen ausmachen. Attraktionen sollten jedoch nicht blind machen gegenüber ihrer Kehrseite. Zum Reichtum gehören Ausbeutung und Verschwendung, zu »coolness & cuteness« religiöse Bigotterie und Rassismus, zur demokratischen Alltagskultur gehört die imperiale, aggressive und mitunter abenteuerliche Militär- und Außenpolitik. Aber auch in dieser Richtung kann man übertreiben. Läuft ein bundesdeutscher linker Antiamerikanismus Gefahr, sich auf falsche Objekte zu richten, Kinder mit dem Bade auszuschütten?

Wie erfrischend und vorbildlich erscheinen im Vergleich zu den deutschen Gesinnungstraditionen der autoritären Staatsgläubigkeit und Gemeinschaftsduselei der Antietatismus und Individualismus der Amerikaner, die Selbstverständlichkeit des gleichberechtigten Umgangs miteinander, die politische Mobilisierungsfähigkeit an den »grass roots«, etwa in der Bürgerrechtsbewegung, die Möglichkeit, immer wieder eine Art Aufbruchstimmung zu erzeugen. Dabei geht es nicht so sehr um den Staat und seine demokratische Gestaltung in bestimmten Institutionen als um die Mikroebene des Alltagslebens. Diese Mikroebene wird traditionsgemäß als ein staatsfreier, wenngleich nicht unpolitischer Raum angezielt.

Daß es solche Räume in den USA (noch) gibt, oder in einem anderen Maße gibt als gerade in Deutschland, darin liegt wohl nach wie vor die Faszination des American way of life. Denn die Amerikaner interessieren sich nicht sonderlich für den Staat. Sie sind von rechts bis links antietatistisch eingestellt, gegen Bürokratie und jegliche Form von staatlicher Einmischung in »ihre« Angelegenheiten. Gleichwohl hat die Privatsphäre in vieler Hinsicht durchaus einen politischen Gehalt, insofern sie z.B. die demokratische Wahrnehmung lokaler Selbstverwaltungsaufgaben, die Beteiligung an Basisaktivitäten aller Art beinhaltet. Zugleich greift der Staat, abgesehen vom Nötigsten (Steuern, Militär), kaum in diese Privatsphäre ein. Das Motto für dieses Arrangement könnte in der Tat lauten: der Staat hält sich aus unseren Angelegenheiten heraus, und wir halten uns aus seinen Angelegenheiten heraus (außer denen, die uns unmittelbar angehen). In der demokratisch angereicherten Privatsphäre werden, so scheint es, die politischen Energien absorbiert. Das hat dann zur Folge, daß die sog. höheren Ebenen der Politik, insbesondere die Außenpolitik, den Politikern überlassen bleiben.

Die Amerikaner selbst sind mit dieser Konstellation: Privatpolitik an der Basis, Staat als fremde Einrichtung, bisher ganz gut gefahren. Die Attraktivität des American way of life hat jedenfalls sicher viel mit dem geringen Grad an Durchstaatlichung des Alltagslebens zu tun. Die spannende Frage ist, wie diese Binnenverhältnisse mit der imperialen Außenprojektion der US-Gesellschaft zusammenhängen.

Von Cecil Rhodes (1853-1902) stammt der Ausspruch: »Man muß Imperialist sein,

um den Bürgerkrieg zu vermeiden«. Demnach wäre die Weltmacht- und Weltmarktrolle der USA ein Mittel, die internen Konflikte so klein zu halten, daß sie mit demokratischen Mitteln abgearbeitet werden können. Dieser Gedanke mag richtig sein. Er erklärt uns aber nicht, wie die Entkopplung zweier politischer Sphären, von Alltags- bzw. Basisdemokratie und Staat, möglich ist, die wiederum die imperiale Außenrolle der USA ermöglicht.

Wie auch immer diese Entkopplung erklärt werden kann, als Tatsache ist sie wichtig für die Einschätzung des Antiamerikanismus. Weil im Antiamerikanismus insbesondere die imperiale Rolle der US-Gesellschaft hervorgehoben, die demokratischen Binnenverhältnisse hingegen vernachlässigt werden, kann er leicht als Fehlwahrnehmung, Einseitigkeit usw., kritisiert werden. Für all diejenigen, die nicht in den USA leben, ist jedoch die für den Antiamerikanismus charakteristische (und vielleicht konstitutive) Abstraktion von den Binnenverhältnissen durchaus legitim.

Einerseits hat das mit der einfachen Tatsache zu tun, daß man als Nichtamerikaner unweigerlich in die Umwelt der US-Gesellschaft gehört, deshalb von ihr in der Form von Außenrelationen, Außendarstellungen betroffen ist. Andererseits vollzieht man mit der Behandlung der US-Gesellschaft als einer »black box« nur jene Entkopplung nach, die für diese Gesellschaft charakteristisch ist.

Deshalb kann man mit einigem Recht davon abstrahieren, wie die US-Amerikaner leben, wie sie »wirklich« sind. Nicht, daß wir nichts mit ihnen zu tun hätten. Im Gegenteil, wir haben eher zu viel mit ihnen zu tun. Aber: Leben müssen wir *hier* mit dem, was aus den USA *zu uns* kommt, seien es Touristen, cruise missiles, »Dallas«, »blue jeans«, Charlie Parker, Chandler oder die Parsons'sche Theorie. Warum es zu uns kommt, warum in der jeweiligen Form, welche Alternativen es gäbe, ist demgegenüber sekundär: das Bild, das sich die Umwelt von der US-Gesellschaft macht, wird weitgehend davon bestimmt, wie sich diese Gesellschaft nach außen projiziert. Natürlich kann man sich auch »von außen« dafür interessieren, wie es zu dieser Projektion kommt, welche Alternativen dabei verschüttet werden, wie sozusagen die System (USA)-Umwelt (wir)-Beziehungen selegiert und gesteuert werden und wo Veränderungsmöglichkeiten sitzen. Aber nüchtern zu konstatieren bleibt vor allem und zuallererst der tatsächliche »grenzüberschreitende Verkehr«.

Um das Argument zu verdeutlichen (nicht um die BRD mit Nicaragua zu vergleichen): Es muß einen Bauern in Nicaragua, der durch die US-finanzierten Contras Ernte, Haus oder Angehörige verloren hat, nicht interessieren, ob die Opposition in den USA gegen die Contra-Finanzierung machtvoll, gutwillig, religiös motiviert usw. war. Es muß den Bauern noch nicht einmal interessieren, ob die Finanzierung offiziell oder inoffiziell erfolgte. Zunächst interessiert das factum brutum, daß die Yanquis hinter der Zerstörung stecken. Und womöglich wird er sich erinnern, sofern solches Wissen in seiner Gesellschaft tradiert wird, daß es in den letzten 150 Jahren viele militärische Interventionen der USA in Nicaragua gab (nach einer flüchtigen Zählung und ohne quantitative Gewichtigkeit zu berücksichtigen kommt man auf 10 Interventionen zwischen 1853 und 1933). Ob sich die US-Amerikaner vor und nach diesen Interventionen darüber gestritten haben, kann den Opfern ziemlich egal sein.

Analog gilt für uns: Es ist für die primäre Konstitution des (bundes-)deutschen Amerikabildes uninteressant, daß Millionen US-Amerikaner gegen die Stationierung der Pershings und cruise-missiles, für den »nuclear freeze« waren, daß sie mit den Sendungen von Radio Free Europe nicht einverstanden wären, wenn sie sie kennen würden, daß es bessere Fernsehserien als »Dallas« oder »Denver« gibt. Zunächst baut sich die Außenansicht der US-Gesellschaft auf den simplen Tatsachen auf, daß die Pershings und cruise missiles hier stationiert werden oder daß ein Großteil des bundesdeutschen Fernsehprogramms aus schwachsinnigen US-Serienproduktionen besteht. Wen interessiert demgegenüber, daß es den Amerikanern in Small Town, Middle West, gut geht, daß sie ein vorbildlich reges, demokratisches Gemeindeleben führen, daß sie nachbarschaftliche Solidariät praktizieren (jedenfalls solange keine Schwarzen in die Nachbarschaft ziehen – dagegen muß man schon aus rein ökonomischen Gründen wegen des drohenden Verfalls der Immobilienpreise sein). Solange dieses vorbildliche demokratische Alltagsleben nach außen zu nichts anderem führt, als zu den bekannten Kontinuitäten der US-Außenpolitik, braucht man sich dafür auch von außen nicht zu interessieren.

Allerdings setzt hier das Problem ein, daß die Attraktionen des American way of life propagandistisch ausgewertet werden. Einerseits gibt es interessierte Importeure: Der Stationierungsbeschluß für die Pershings und cruise missiles ist schließlich im Deutschen Bundestag gefaßt worden, und niemand zwingt die bundesdeutschen Fernsehsender, Fertigware in Hollywood einzukaufen. Andererseits gilt insbesondere das basisdemokratische Politikmodell offiziell als exportfähig (faktisch ist es wohl eher für den (auch noch selektiven) US-Hausgebrauch reserviert). Der Versuch seiner Nachahmung führt allerdings zu Pathologien. Da werden die merkwürdigsten mimetischen Anstrengungen unternommen, um etwas zu erreichen, was nicht zu erreichen ist, nämlich die Übertragbarkeit des American way of life, seine Herauslösung aus dem natürlichen, geographischen, historischen Kontext der Landnahme in Nordamerika. Auf derlei Anstrengungen folgt jedoch unausweichlich die Erfahrung, daß Teilhabe durch Identifikation, Authentizität durch Nachahmung nicht zu haben sind. Dennoch bleiben immer noch genügend Unbelehrbare und entsprechende Import-Export-Anstrengungen in Sachen American way of life; von Cowboy-Clubs bis zu Ivy-League-geschädigten Professoren einig in dem Bemühen, es so zu machen wie die großen Brüder und Schwestern.

Mit dem Hinweis auf die Vergeblichkeit solcher Bemühungen soll nicht bestritten werden, daß Gesellschaften voneinander lernen, daß Politikformen und Lebensstile kopiert werden können und daß dafür die wechselseitige Wahrnehmung der Binnenverhältnisse nützlich sein mag. Bestritten werden soll aber, daß es unter allen Umständen geboten ist, die Binnenverhältnisse einer Gesellschaft wahrzunehmen, um sich das für das eigene Handeln adäquate Bild von ihr zu machen. Sicherlich, die Kenntnis der Binnenverhältnisse ist nützlich und notwendig, will man begründet antizipieren, was aus den USA auf uns zukommt. Dafür wäre aber eine weitere Voraussetzung, daß man den Zusammenhang von Binnenverhältnissen und Außenprojektion kennt. Genau an diesem Punkt hapert es.

Offensichtlich kann man weder von den rechtsstaatlich-demokratischen Binnenverhältnissen auf eine an die Grundsätze des Völkerrechts gebundene Außenpolitik schließen, noch umgekehrt von der imperialistischen Außenpolitik auf machtsstaatlich geregelte Binnenverhältnisse. Es scheint sich vielmehr um eine sozusagen schizophrene Gesellschaft zu handeln, bei der Innen- und Außenverhältnisse nicht nur verschieden, sondern gespalten und widersprüchlich sind. Sozialwissenschaftlich wäre es sicherlich interessant zu wissen, wie der Zusammenhang von solch widersprüchlichen Elementen rekonstruierbar ist. Aber ist es auch politisch interessant?

Was hat man politisch gewonnen, wenn man weiß, daß die US-Amerikaner »nicht so sind«, wie sie sich nach außen, militärisch, politisch, ökonomisch dem Rest der Welt von Vietnam bis Grenada, Libyen und Nicaragua darstellen? Wohlgermerkt, es geht nicht darum, ein hermetisches Feindbild der USA zu zeichnen, indem man auf den Sündenfällen ihrer Außenpolitik herumreitet. Aber es geht darum, in Rechnung zu stellen, daß diese Außenpolitik selbst eine Abstraktion und Verselbständigung gegen die Binnenverhältnisse der US-Gesellschaft darstellt. Wenn sich diese Gesellschaft selbst eine derartige Verselbständigung ihrer Außenprojektion gegenüber ihren Binnenverhältnissen leisten kann, warum soll man sie von außen nicht mitmachen?

Sie mitzumachen heißt, sich für den Umgang mit der US-Gesellschaft rein an ihrer Außenprojektion zu orientieren. Einerseits ist das eine drastische Vereinfachung. Andererseits entgeht man dadurch der Gefahr, über der Schokoladenseite der USA, über der Faszination durch die unzweifelhaft vorhandenen Attraktionen des American way of life die imperiale Außenseite zu vernachlässigen. Z.B. gehört zum Abbau rassistischer Diskriminierung und zum Aufbau sozialstaatlicher Institutionen in Lyndon B. Johnsons Great Society die Eskalation des Vietnamkriegs. Wie beides zusammenhängt, bedarf noch der näheren Erklärung. Aber nach zweihundert Jahren Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist der Verdacht nicht abwegig, daß Demokratie im Innern und imperiale Ansprüche nach außen funktional aufeinander bezogen sind. Solange dieser Verdacht nicht ausgeräumt ist, bleibt jedenfalls die Anempfehlung des basisdemokratischen way of life für den Export ohne Überzeugungskraft. Es könnte ja sein, daß die Sucht, jede politische Aktivität an den grass-roots zu organisieren, den Eingriff auf höheren Organisationsebenen, wo es um die wichtigen Sachen geht, blockiert. Wenn dem so wäre, könnte man auf die schöne Innenansicht der US-Gesellschaft verzichten, weil man auf Basisdemokratie als Beschäftigungstherapie verzichten kann. (Zwar heißt einem bekannten politischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts zufolge »radikal sein« »die Sache an der Wurzel fassen«, aber um an die Radieschen zu kommen, muß man oben am Grünen ziehen).

Wenn es stimmt, daß die US-Gesellschaft in gewisser Weise schizophren ist, wie soll man von außen praktisch mit ihr umgehen? Nach wie vor empfiehlt sich der alte einfache Grundsatz: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Wenn man einen Richard Perle oder Caspar Weinberger bei einer »wehrkundlichen Tagung« hört, kommt man natürlich nicht auf die Idee, daß dies der Abgesandte friedliebender, demokratischer US-Bürger sein soll. »Von außen« fängt man dann mit der Produktion von Vorurteilen

über »die Amerikaner« an: ein waffenstarrendes Volk von bigotten Paranoikern usw. usf. Das sind sie natürlich nicht, erfreulicherweise.

Dennoch bleibt gerade von außen– oder auch im historischen Rückblick – richtig, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient. Daß ein solcher Grundsatz wichtig ist, sollten die Deutschen am besten wissen: Er soll verhindern, daß sich die Überlebenden aus der Verantwortung in die Rolle des Opfers schleichen, wenn es schiefgeht. Kurz, es ist zwar nicht korrekt, aber legitim, die Repräsentierten mit den Repräsentanten zu identifizieren. Ronald Reagan und George Bush sind das, was »die Amerikaner« – jedenfalls die Mehrheit derer, die zur Wahl gehen – gewählt haben.

Verwunderlich sind dann Reaktionen wie die folgende nicht: »In diesem Jesus-liebt-dich-Volk steckt ein Heils- und Sendungsbewußtsein, daß man, verproviantiert mit eisernen Rationen und bis an die Zähne bewaffnet, nur noch in Deckung gehen kann« (Piwitt). Natürlich ist diese Identifikation von »Volk« und Regierung um so unzulässiger, je weniger die Repräsentanten tatsächlich die Repräsentierten repräsentieren. Aber was spricht eigentlich in unserem Fall gegen diese Identifikation – außer daß man sich dafür den Vorwurf des Anti-Amerikanismus einhandeln kann? Die Identifikation ist nichts weiter als eine Zurückspiegelung der Außenprojektion der US-Gesellschaft. Oder wollte man einen Franzosen einer antideutschen Einstellung beschuldigen, der behauptet, Bundeskanzler Kohl sei eine adäquate Darstellung der politischen Gesinnungslage der Bundesdeutschen? Natürlich gibt es eine signifikante Minderheit, die für eine andere Politik als die Kohlsche ist. Aber die Minderheit ist eben dies, die Minderheit. Sie hat mit der Wahl nicht nur das formale Recht, sondern weitgehend auch die faktischen Möglichkeiten zur Außendarstellung der Gesellschaft verloren.

Was also soll der Vorwurf des Antiamerikanismus? Er klinkt natürlich nicht erst dann ein, wenn die Außenprojektion der US-Gesellschaft unzulässig mit ihren Binnenverhältnissen identifiziert wird. Tatsächlich setzt man sich dem Vorwurf schon aus, wenn man hier Widersprüche konstatiert. D.h. im wesentlichen: wenn man die Außenprojektion mit dem Stichwort »Imperialismus«, die politischen Binnenverhältnisse hingegen als demokratisch-rechtstaatliche beschreibt (wie auch immer weit sie von der Realisierung idealer Demokratievorstellung entfernt sein mögen). Wenn man schon als Anti-Amerikaner gilt, weil man bestreitet, daß die US-Außenpolitik vordringlich in Sachen Export von Freiheit und Demokratie tätig ist, lohnt es sich nicht, sich gegen den Vorwurf zu wehren. Daß es bei dieser Politik um ein – nicht nur auf den amerikanischen Kontinent beschränktes – Empire geht, läßt sich deren offiziellen Selbstbeschreibungen entnehmen (etwa ebenso leicht, wie man vom deutschen Kaiser hören konnte, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle).

Es bleibt also als relevanter Vorwurf der der unzulässigen Identifikation der imperialen Außenprojektion mit den Binnenverhältnissen. Die Amerikaner sind nicht so, wie man von außen vermuten könnte. Das ist richtig, aber es ist Sache der Amerikaner, die durch die US-Außenpolitik gestiftete Wahrscheinlichkeit ihrer Fehlwahrnehmung von außen durch eine Korrektur dieser Politik zu vermindern. Die sozialen Prozesse, in denen diese Politik und ihre Akteure selegiert werden, sind US-interne Prozesse,

von außen nicht steuer- und kaum beeinflussbar, auch wenn sie für den Rest der Welt überlebenswichtig sind. Was nützt es, wenn man sich von außen – und noch dazu als Bundesdeutscher – den Kopf darüber zerbricht, was die US-Bevölkerung alles zu lernen hat? Beschreibungen der Amerikaner, wie die des Historikers W.A. Williams, als so etwas wie verwöhnte Kinder, die sich über die Bedingungen und Kosten ihres Reichtums – und damit über die Bedingung ihrer Demokratie – nicht klar sind, treffen ziemlich genau das Problem. Ökonomisch drückt es sich z.B. in Verschwendung und kreditfinanzierter Überkonsumtion aus, auf der Ebene der internationalen Politik in einem Verhalten, das offensichtlich nicht durch die Erfahrungen eines modernen Krieges auf eigenem Territorium belehrt ist. Aber das Problem, sich »empire as a way of life« abzugewöhnen, ist das der Amerikaner. Daß deren Mehrheit dazu (noch?) nicht bereit ist, definiert »unser« Problem, nämlich sich durch Widerspruch, Distanzierung und Abkopplung so weit es eben geht aus den Gefahren herauszuhalten, die daraus resultieren.

Welche Rolle kann bei der Lösung dieses Problems der sog. Anti-Amerikanismus spielen?

Eine Funktion wurde bereits benannt: Der Anti-Amerikanismus erlaubt pauschale Zurechnung, von einem Teil aufs Ganze, z.B. von der Unterstützung der »Contras« auf den Zustand der US-Gesellschaft. Sofern diese »außen« unternommene Zurechnung »innen«, d.h. von den US-Bürgern, wahrgenommen wird, ist das gar nicht schlecht. Der Anti-Amerikanismus kann den Handlungsdruck auf die oppositionellen Kräfte erhöhen.

Eine weitere Funktion ist defensiv. Der bedingungslose Amerikanophile provoziert sein Gegenbild. Wer nicht seine Camel im Big Mac ausdrückt, einen Dubble-Bubble-Gum zwischen die Zähne schiebt, mit Coke nachspült und die Örtlichkeit in Richtung untergehender Sonne verläßt, wer sich also dem missionarischen Zugriff des American way of life entzieht, darf schon als Antiamerikaner gelten. In diesem Sinne signalisiert Anti-Amerikanismus eine gewisse Widerborstigkeit, die sich sogar aus konservativen Orientierungen speisen kann. Insofern ist auch nicht erstaunlich, daß der Anti-Amerikanismus von rechts nach links gewandert sein soll. Unsere Rechten haben per »adaptive upgrading« gelernt, daß die US-Variante des Imperialismus eleganter und erfolgreicher ist als die alteuropäische. Demgegenüber wird heutzutage schon links, wer wertkonservativ ist.

Unter diesen Umständen kann man sich dem Vorwurf des Antiamerikanismus gar nicht entziehen. Jede Kritik an den internen Zuständen in den USA, an der Außenpolitik der USA kann mit dem Label belegt werden. Soll man sich dagegen wehren? Für die Europäer (die Bundesdeutschen mittendrin) ist es überlebenswichtig, sich aus der politischen und militärischen Abhängigkeit von den USA zu lösen. Die Epoche Reagan hat nur drastisch klargemacht, was im Grunde ein kontinuierliches Merkmal der US-Politik ist: daß man in Verfolgung eigener Interessen den Sheriff für den Rest der Welt zu spielen gewillt ist. In Sheriff-Manier, d.h. schnell und nach eigenen Regeln zwischen gut und böse unterscheidend. Wenn amerikanische Politiker derart riskant agieren, läßt sich das zur Not sowohl dadurch erklären, daß die USA die Erfahrung

eines modernen Krieges auf eigenem Territorium nicht gemacht haben, als auch dadurch, daß ihre Beteiligung an modernen Kriegen relativ geringe Opfer erforderte und eine Hegemonialposition einbrachte. Um so unverständlicher wird jedoch die Anhängsel-Politik der hiesigen »Atlantiker«: Wer sich hinter dem großen Weltpolizisten versteckt, der mit militärischer Stärke für »Ordnung« sorgen will, hat aus den Erfahrungen der Weltkriege und ihrer Vorgeschichte nichts gelernt. Gelernt hat diese Art bundesdeutscher Amerikafreunde nur, auf die Opposition gegen ihre Politik mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus zu reagieren.